

## Die politische Komponente

Die zunehmenden Probleme der Menschheit im Zusammenleben auf diesem Planeten erfordern politische Dialoge mit vielen Beteiligten und wissenschaftliche Beratung ohne Scheuklappen. Purdy (2020) zeigt auf, dass unser individuelles Verhalten wie auch das der international agierenden Großkonzerne eine unerträgliche Belastung der irdischen Systeme bedeutet. Die 2017 an die Menschheit ausgesprochene Warnung vor dem Klimawandel von über 15.000 Wissenschaftlern aus 184 Ländern sieht er dualistisch als dringlich und gegenstandslos an, denn die Welt ist gespalten und ungleich. Das Öko- und Klimasystem gekoppelt mit weiteren planetaren Systemen ist nicht in der Lage, Milliarden Menschen einen Lebensstil ohne Einschränkung und Verzicht zu gewährleisten. Auf allen Kanälen klagt das „schnatternde Weltgewissen“, findet aber keine realistischen Wege zu einem globalen Wohlergehen, von Purdy als „Commonwealth“ bezeichnet. Die Erde verfügt nur über endliche Ressourcen, und solange der Energiebedarf der Menschheit hauptsächlich aus fossilen Energiequellen stammt, wird der ungesteuerte Ressourcenverbrauch die Atmosphäre, die Ozeane und die Böden weiterhin in Müllhalden verwandeln.

Aus diesen Gründen sind wir Zeugen einer Verurteilungsdiskussion der Protagonisten und Eliten über die Ursachen der globalen Klimakrise, in deren Fokus die ökologischen Unzulänglichkeiten des gegenwärtigen Wirtschaftssystems mit seinem Wachstumsdiktat stehen. Um einen Klimakollaps zu verhindern, aber gleichzeitig den sozialen Frieden im Sinne eines globalen „Commonwealth“ nach Purdy (2020) zu erhalten, ist ein Gleichgewicht zwischen ökologischen und ökonomischen Interessen erforderlich. Dies erfordert, wirtschaftliche Dynamik mit ökologischen Konzepten zu erreichen, um Wohlstand zu generieren, der die Sozialsysteme finanzieren und die unglaubliche Armut in vielen Regionen der Erde durch Arbeit für die Masse der Bevölkerung verringern und Aufstiegschancen bieten kann. Ob der Spagat einer Versöhnung von Ökologie und Wirtschaft zu einem klimaneutralen Ökokapitalismus ohne eine entscheidungsberechtigte Exekutive wie in der Coronapandemie überhaupt gelingen kann, ist weiterhin völlig umstritten. Wie Koppetsch (2021) ausführt, sind nicht nur privilegierte Nationalstaaten, sondern auch privilegierte Bevölkerungsschichten mit einem größeren ökologischen Fußabdruck die Hauptverursacher der globalen Klimaprobleme. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines sozial gerechten Klimaschutzes, bei dem nicht die ärmeren Staaten und Bevölkerungsschichten den Gürtel enger schnallen müssen.

Bei der Entwicklung umweltfreundlicher Technologien für Klimaschutz und beim notwendigen Übergang zu einer karbonfreien Wirtschaft kommt der Wissenschaft eine bedeutende Rolle zu, die ohne politische Vorgaben

die wirksamsten Lösungen finden muss. Wir erleben bei der Bevorzugung und Diskussion der E-Mobilität, dass der Denk- und Machbarkeitskorridor politisch eingeengt wird und in der Folge kollektive Irrtümer entstehen können. Ein nachdenkenswertes Beispiel dafür ist die durch ein EU-Konsortium lange alimentierte Entwicklung des Airbus 380, die einer völlig verfehlten Langfriststrategie im Luftverkehr folgte.

Immer noch stellt Containerverschiffung die bevorzugten Transportwege der globalisierten Wirtschaft dar. Eine Reduktion der Transporte über die Ozeane mit Schiffsdieseln durch eine Regionalisierung der Wirtschaft könnte einen bedeutsamen Beitrag zur Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen leisten. Statt sich diesem bedeutsamen Problem zuzuwenden, schießen heuchlerische Appelle für Nachhaltigkeit und Aktionspläne zum Klima- und Umweltschutz in Unternehmen wie Pilze aus dem Boden. Der grüne Fassadenanstrich wird auch benutzt, um finanzielle staatliche Unterstützung zu generieren. Das Problem des ausufernden menschlichen Antriebs an der Erderwärmung kann auch nicht gelöst werden, wenn die notwendigen politischen Entscheidungen zum Klimaschutz immer wieder durch andere Krisen wie bei der Coronapandemie im Jahr 2020 ins Hintertreffen geraten oder an fehlender politischer Nachhaltigkeit über den Wahlzyklus hinaus und divergierenden nationalen Interessen in Europa und anderen Weltregionen scheitern.

Klimaänderung hat mit einer Marktgesellschaft zu tun, die für weiteres ökonomisches Wachstum die natürlichen Ressourcen wie Wasser, Boden und Luft in vielen Regionen der Welt unkontrolliert ausbeuten und sich ihre Pfründe sichern kann. Precht (2020) betont, dass es in den Visionen der technokratischen Eliten keine unberechenbare Natur gibt, aber eine dauerhafte fortschreitende Technisierung mit schneller, höher, weiter und noch mehr Profit. Wright und Nyberg (2015) haben dokumentiert, wie technologische Fortschritte und die globalisierten Finanz-, Transport- und Kommunikationssysteme als Schmiermittel die Geschwindigkeit der menschlichen Schwungräder im Klimasystem erhöhen. Dadurch kann keine Synchronisation mehr mit den viel langsamer ablaufenden Anpassungszyklen des natürlichen Klimasystems stattfinden, sodass dieses vor dem Kollaps steht.

## **Überlebenskampf des Planeten**

Die Inkompatibilität der über die letzten Jahrzehnte gewachsenen ökonomischen und politischen Macht- und Marktstrukturen mit den natürlich entstandenen planetaren Klimamustern und atmosphärischen und ozeanischen Zirkulationsstrukturen ist die entscheidende Ursache für den Überlebenskampf des Planeten Erde. Dieser manifestiert sich im arktischen Klimafrühwarnsystem durch abschmelzendes Meereis und die damit verbundenen regionalen und hemisphärischen Klima- und Umweltänderungen

und steht schon lange im Fokus der Öffentlichkeit. Wie Krone-Schmalz (2020) feststellt, findet dabei aufgrund der Komplexität der ablaufenden Prozesse in der Mediendebatte keine distanzierte und kritische Darstellung der Details der Klimaprobleme statt, sondern diese wird radikalisiert und teilweise skandalisiert. Den Erzählungen der von der politischen Elite gesponserten Medienaristokratie vom unbegrenztem technischen Fortschritt, notwendigem Wachstum und der Alternativlosigkeit technokratischer Lösungen zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen schenken weite Kreise der Öffentlichkeit keinen Glauben mehr. Die Protagonisten einer schon seit Jahrzehnten tobenden Klimadebatte predigen zudem eine Rhetorik des Verzichts und der Absenkung des Lebensstandards für die Massen. Klein (2021) beschreibt im Detail, wie durch die Privatisierung öffentlicher Ressourcen von Acker- und Weideflächen, Wasser-, Öl- und Gasvorkommen sowie die Erschließung neuartiger Profitfelder wie atmosphärischer Kohlendioxidgehalt, der bisher nicht als Ware betrachtet wurde, neue Preisschilder zur Ausplünderung des Planeten durch multinationales Kapital aufgestellt wurden.

Wie Wagenknecht (2021) erklärt, wird der Klimawandel in Europa als Alibi benutzt, um die politisch beschlossenen Klimaschutzpakete durch höhere Belastungen der ärmeren Bevölkerungsschichten zu finanzieren. Dadurch hat „der linksliberale Mainstream die Klimadebatte zu einer Lifestyle-Debatte gemacht und die Forderung nach einer CO<sub>2</sub>-Steuer in den Mittelpunkt gestellt“. Der „European Green Deal“ muss durch die europäischen Nationalstaaten umgesetzt werden, die ihre eigenen Schwerpunkte in der Umwelt- und Klimapolitik setzen werden. Wie Wagenknecht (2021) ausführt, ist die Erzählung vom schwachen Nationalstaat in einer globalisierten Welt eine Zwecklüge zur Rechtfertigung für die Aufgabe früherer Schutz- und Sicherheitsversprechen der Staaten und der Durchsetzung einer den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung zuwiderlaufenden neo-liberalen Wirtschaftspolitik. Vor diesem Hintergrund ist die Idee eines europäischen Klimasozialfonds zu Abfederung der hohen Kosten für Klimaschutz für die sozial schwächeren Schichten wenig hilfreich. Wagenknecht (2021) betont, dass „der Nationalstaat das einzige Instrument zur Einhegung der Märkte, zu sozialem Ausgleich ist“ und ein Mehr „an Demokratie und sozialer Sicherheit nur durch mehr nationalstaatliche Souveränität zu haben ist“.

Wie Purdy (2020) bemerkt, leben wir alle auf dem gleichen blauen Planeten, sitzen aber nicht im selben Boot. Die wohlhabenden Eliten in den vom Klimawandel deutlich weniger betroffenen Industriestaaten in mittleren Breiten gehen davon aus, dass sie selbst mit einem bis 2100 veränderten Klima klarkommen können. Deshalb werden diese nicht das Risiko eingehen, Wirtschaft und Weltordnung für weitreichende Reformen zu öffnen, die sich bei ehrlicher Auseinandersetzung mit dem Klimawandel

als notwendig erweisen würden. Der Aufruf zu einer Verzichtsrhetorik findet in den satteren Gesellschaften Westeuropas auch mehr Anklang als in den aufstrebenden Ländern Osteuropas und Asiens mit einem vergleichsweise bescheidenen Wohlstandslevel. Deshalb ist es schwer vorstellbar, eine Synthese zwischen der Verbesserung der Lebensbedingungen der globalisierten Welt und Verringerung des Treibhausgasausstoßes ohne soziale Verwerfungen herzustellen. Dies würde eine Klima- und Wirtschaftspolitik erfordern, die die divergierenden Interessen vieler Nationen und Länder berücksichtigen müsste. Dies ist selbst in der europäischen Union und in den USA ein ständiger Zankapfel wie die Diskussion um „grünen Atomstrom“ als Brückentechnologie zeigt. Man stelle sich zudem in den Vereinigten Staaten eine politisch verordnete Absenkung des Lebensstandards der größtenteils bewaffneten Mittelschicht ohne gewalttätige Auseinandersetzungen vor.

Deshalb muss man in diesem Dilemma mit schrittweisen Veränderungen beginnen. Dazu gehört es, eine glaubhafte Strategie der europäischen Union zu entwickeln, wie aus der Atmosphäre ca. 50 Gigatonnen Kohlendioxid entfernt werden sollen. Der im Herbst 2019 verkündete Masterplan des „New Green Deal“ der Europäischen Union könnte ein sinnvoller Schritt sein. Wie Harari (2019) ausführt, sind alle menschlichen Gruppen damit beschäftigt, ihre spezifischen Interessen zu verfolgen, statt die Realität zu akzeptieren und die globale Wahrheit zu verstehen. Im Falle des globalen Klimaschutzes durch Schadstoffverminderung, die eine Form des Geoengineerings darstellt, muss im politischen Dialog ein Kompromiss zwischen geopolitischem Wettbewerb und internationaler Kooperation gefunden werden. Naturbasierte Lösungen wie Aufforstung von europäischen Wäldern als Teil des „New Green Deal“ der EU, die gleichzeitig dem Erhalt von Ökosystemen dienen, sind zudem kostengünstiger und nachhaltiger und mehr als ein Pflaster auf den Wunden des Planeten.

Die Zunahme der vielfältigen Stresswarzeichen verdeutlicht, dass die Lösung des Energieproblems bei drastischer Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes eine nachhaltige Kreislaufproduktion statt Wegwerfwirtschaft erfordert. Wie im Klimasystem prallen auch in der menschlichen Zivilisation globale Probleme und regionale und lokale Interessen aufeinander, die häufig in nicht auflösbare Interessenkonflikte münden und verlangen, dass die Wachstumsgesellschaft auf wirkliche Nachhaltigkeitspfade gesetzt werden müsste. Die dafür nötigen Lösungen erfordern politische Anstrengungen und Kompromisse. Die komplexer werdende Welt hat eine Wissensillusion zur Folge, sodass Protagonisten, die selbst nur wenig über das Klimasystem wissen, trotzdem radikale und realitätsferne Maßnahmen im Hinblick auf den Klimawandel vorschlagen (s. Harari 2019). Neben dem Klimaproblem warten weitere Probleme wie Begrenzung des Bevölkerungswachstum, Zugang zu Wasserressourcen, Nahrungsmittelbereitstellung, Gesund-

heitsvorsorge und Bildung auf Lösungen. Dabei werden angeblich alternativlose Lösungsvorschläge der politischen Eliten diskutiert, obwohl die verschiedenen Nationen und Menschengruppen ihre spezifischen Interessen verfolgen und die beschworene solidarische Weltgemeinschaft überhaupt nicht existiert. Die genannten Probleme spielen sich außerhalb des durch numerische Klima- oder ökonomische Entwicklungsmodelle beschreibbaren Rahmens ab und erfordern Risiko- und Perspektivmanagement durch politische Strategien und Entscheidungen. Dabei könnten die Anstrengungen zur Bewältigung der globalen Klimakrise durch militärische Konflikte mit der Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung und einem "Nuklearen Winter" in den Hintergrund gedrängt werden.

Im Gegensatz zu früheren geologischen Epochen, in denen geologische und klimatische Prozesse das Klima veränderten, ist die Gegenwart durch den dominanten Einfluss menschlicher Aktivitäten auf die Umwelt bestimmt und zu einer neuen geophysikalisch gestaltenden Kraft geworden. Deshalb überrascht es nicht, dass mit dem weiteren Wachstum der Weltbevölkerung die Grenzen der lebenswichtigen globalen Ressourcen wie Trinkwasser, fruchtbare Böden, Wälder, Fischpopulationen und Versauerung der Ozeane immer deutlicher werden. Technologien zur Vermeidung eines Klimakollaps beinhalten Innovationen zu reduzierten atmosphärischen Schadstoffemissionen, zur Nahrungsmittelproduktion und zur Wasseraufbereitung, um die wachsende Weltbevölkerung besonders in den ärmsten Entwicklungsländern zu ernähren. Dabei wird der Übergang von fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energiequellen einen Beitrag zur Stabilisierung des gegenwärtigen Klimazustandes leisten. Dies wird aber ohne zeitlich begrenzten Atomeneinsatz als Brückentechnologie nicht gelingen, auch wenn deren hohe Risiken sich exemplarisch in der Kernkraftkatastrophe von Tschernobyl offenbarten (s. Higginbotham 2019). Leider kann man in der Politik und den Medien eine energiepolitische Realitätsverweigerung wie beim Ausbau der Wind- oder Sonnenenergie erleben. Stark- und Schwachwindphasen sind fast immer an großskalige Wind- und Drucksysteme sowie Wolkenbildung gebunden, die in einer Marktwirtschaft zu einem großskaligen Mangel oder Überangebot führen und damit völlig unwirtschaftlich wirken.

Wie Koppetsch (2019) ausführt, tritt zudem an die Stelle demokratischer Entscheidungsfindung eine auf akademische Bildung und Wissenschaft gestützte Experten- und Beratungskultur und daraus eine angebliche Alternativlosigkeit der politischen Entscheidungen. Im globalisierten ökonomischen und ideologischen Wettbewerb, bei der Staatsverschuldung, der Coronapandemie oder dem Klimawandel stützen sich die politischen Eliten auf wissenschaftliche Expertenurteile. Dies führt zur Erosion politischer Prozesse der Willensbildung und zu einem Machtgewinn akademischer Gruppen. Die